Menschenrechtler fordern politische Lösung im Rohingya-Konflikt

19. Januar 2017

Göttingen (KNA) Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat an die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) appelliert, sich für eine politische Lösung im Rohingya-Konflikt in Myanmar einzusetzen. Bei einem Sondergipfel der 57 OIC-Außenminister am Donnerstag in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur soll die Flüchtlingssituation in Südostasien besprochen werden, wie die GfbV am Mittwoch in Göttingen mitteilte. Dringend müsse der Druck auf die Regierung in Myanmar erhöht werden, heißt es in einem Brief der Organisation an die OIC-Staaten. Nachdrücklich appellierte die GfbV auch an die OIC, ihren Mitgliedstaat Bangladesch zu bitten, zumindest zeitweilig Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bislang weise Bangladesch noch regelmäßig Rohingya-Flüchtlinge an der Grenze ab. Die muslimischen Rohingya sind im mehrheitlich buddhistischen Myanmar seit Jahrzehnten Opfer von Unterdrückung und Diskriminierung. In den vergangenen Monaten hatte sich ihre Lage infolge einer Militär-Offensive Myanmars gegen die Rohingya im Norden des Teilstaates Rakhine verschärft.

(KNA – rklls-89-00056)

Stand: 27. November 2026